

Erklärung der KfW Bankengruppe zur Berücksichtigung der Menschenrechte in ihrer Geschäftstätigkeit

Eine ökologisch, sozial und wirtschaftlich nachhaltige Entwicklung kann nicht ohne die effektive Umsetzung der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen sowie der bürgerlichen und politischen Menschenrechte erreicht werden. Nachhaltige Entwicklung bedeutet auch zunehmende Achtung, Schutz und Gewährleistung dieser Menschenrechte.

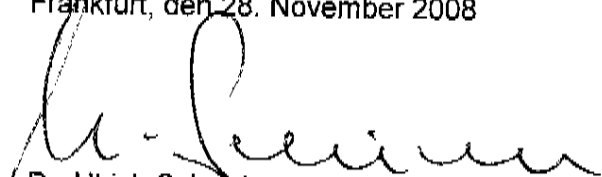
Auf staatlicher Ebene sind die internationalen menschenrechtlichen Verträge, die Deutschland ratifiziert hat, rechtsverbindlich. Auch der Großteil der Partnerländer, in denen die KfW Bankengruppe tätig ist, ist Vertragspartei dieser Verträge. Als Bank des Bundes und der Länder sieht sich die KfW Bankengruppe in besonderem Maß gefordert, den staatlichen Verpflichtungen aus diesen internationalen Vereinbarungen zu entsprechen. Zu Sicherung oder Verwirklichung der Menschenrechte trägt die KfW in unterschiedlichem Maße bei, je nachdem, über welche Instrumente sie in den jeweiligen Geschäftsfeldern verfügt:

- Die KfW Bankengruppe achtet und schützt die internationalen Menschenrechte in ihrem Einflussbereich und schließt eine Beteiligung an Menschenrechtsverletzungen für sich aus.
- Die KfW Bankengruppe hat darüber hinaus den Anspruch, dort wo ihr geeignete Instrumente zur Verfügung stehen, die Umsetzung internationaler Menschenrechte aktiv zu unterstützen.

Ein besonderes Augenmerk richtet sie auf den Schutz der Beschäftigten in den Unternehmen der Partnerländer. Hier setzt sie sich für die Einhaltung der Kernarbeitsnormen zu Vereinigungsfreiheit und Recht auf Kollektivverhandlungen, Beseitigung der Zwangsarbeit, Abschaffung der Kinderarbeit sowie Verbot der Diskriminierung in Beschäftigung und Beruf ein.

Die KfW Bankengruppe hat sich in ihren Umwelt- und Sozialeitsätzen dazu verpflichtet, Vorhaben von einer Finanzierung auszuschließen, die voraussehbar nicht akzeptable Umwelt- oder soziale Auswirkungen haben werden. Eine Verletzung von Menschenrechten kann einen solchen Tatbestand erfüllen.

Frankfurt, den 28. November 2008



Dr. Ulrich Schröder

Vorsitzender des Vorstandes